Redebeitrag Harald Grethe, Pressekonferenz anlässlich der Übergabe des Gutachtens "Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung", 25. März 2015, 13 Uhr, BMEL, Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir, die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik beim BMEL, freuen uns, heute unser Gutachten "Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung" an Sie, Herr Staatssekretär, zu übergeben.

Der WBA als unabhängiger Beirat hat dieses Thema gewählt – und das Thema wurde auch vom BMEL begrüßt.

- Der Handlungsbedarf sowohl wie der Beratungsbedarf wurden also von Ihrem Haus angesichts der großen Aufgabe gesehen.

Zwar hat sich die Nutztierhaltung in den letzten Jahrzenten wirtschaftlich sehr erfolgreich entwickelt, wir sehen aber erheblichen Handlungsbedarf zu Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Nutztierhaltung, und insbesondere des Tierwohls.

Der WBA hält das Ausmaß der Tierschutzprobleme in der heutigen Nutztierhaltung aus fachlicher Sicht für nicht akzeptabel.

Außerdem ist der WBA der Auffassung, dass die Tierschutzprobleme zu einer wachsenden Lücke zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen an die Tierhaltung, und Realität der Tierhaltung beitragen. Die gegenwärtige Tierwohlsituation in Deutschland gefährdet damit die gesellschaftliche Akzeptanz der Nutztierhaltung.

Zwischenfazit: Die Haltungsbedingungen und das resultierende Tierwohl müssen deutlich verbessert werden – eine Neuausrichtung der Nutztierhaltung ist erforderlich.

Allerdings ist nicht jede, der teilweise sehr pauschal an den Sektor herangetragenen gesellschaftlichen Forderungen sinnvoll – eine Versachlichung der Diskussion wäre zu begrüßen und sollte auch von der Politik unterstützt werden.

- So ist z.B. die Diskussion um die "Massentierhaltung", also die Bestandsgrößen, irreführend – kleine Betriebe sind nicht automatisch tier- oder umweltfreundlicher, als Große.

- Es geht um eine Verbesserung des Tier- und Umweltschutzes, die Betriebsgröße ist hierfür nicht entscheidend – und sie sollte nicht immer wieder angeprangert werden! Es ist demotivierend für Landwirtinnen und Landwirte, wenn sie aufgrund ihrer Betriebsgröße pauschal diffamiert werden.

Ebenfalls ist der WBA der Auffassung, dass keine einseitigen Schuldzuweisungen erfolgen sollten – die unzureichende Berücksichtigung von Tier- und Umweltschutz in der Nutztierhaltung ist das Ergebnis von Fehlentwicklungen in vielen Bereichen.

Für die praktische Landwirtschaft ist es sehr schwierig, Tier- und Umweltschutz am Markt entlohnt zu bekommen; man sollte den Landwirtinnen und Landwirten nicht vorwerfen, dass sie das tun, was in einer Marktwirtschaft üblich ist: Sie minimieren bei gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen ihre Produktionskosten.

- Für eine Neuorientierung der Nutztierhaltung fehlt es bisher an vielem, lassen Sie mich einige Punkte nennen:
    - …den "richtigen politischen Rahmenbedingungen" (Politik!),
    - …der Zahlungsbereitschaft an der Ladentheke (Verbraucher!)
    - und, zumindest noch immer in wesentlichen Teilen, fehlt es an der Bereitschaft der Branche und der Zivilgesellschaft in einen wirklichen Dialog miteinander zu treten.
- Auch die Forschung hat dem Tierwohl, verglichen mit dem Ziel der Produktivitätserhöhung, zu wenig Priorität eingeräumt.

In unserem Gutachten zeigen wir, dass mehr Tierschutz technisch möglich ist, dass er finanzierbar ist (mit 3-5 Mrd. € bzw. 13-23% der Produktionskosten lässt sich sehr viel erreichen), und dass er mit einem Mix an Steuerungsinstrumenten realisierbar ist. Nicht einfach realisierbar, aber eben realisierbar.

Der WBA sieht die Verbesserung des Tierschutzes als eine gemeinsame und als eine komplexe Herausforderung für Politik, Zivilgesellschaft, und Privatwirtschaft.

- Komplex vor allem aufgrund der Einbindung in internationale Märkte: Höhere Kosten können nur teilweise über den Preis aufgefangen werden.

Herr Staatssekretär, Bundesminister Schmidt hat den Tierschutz mit der Umsetzung der Tierwohl-Offensive der Bundesregierung zu einem wichtigen Thema in dieser Legislaturperiode gemacht.

- Der WBA begrüßt dies.
- Der WBA begrüßt auch das Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes
- und die Brancheninitiative Tierwohl der Privatwirtschaft.
- Häufig wird von verschiedenen Interessengruppen die Vereinbarkeit dieser unterschiedlichen Initiativen in Frage gestellt. Der WBA hält dies für kontraproduktiv: Wir brauchen alle diese Initiativen, sie können sich sinnvoll ergänzen.

Aber wir brauchen mehr als das! Wir brauchen

- entschiedenere Schritte der Politik,
- entschiedenere Schritte der Privatwirtschaft
- und einen intensiveren gesamtgesellschaftlichen Dialog, also nicht nur einen Dialog zwischen Verbandsspitzen, sondern einen Dialog mit breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern um die Zukunft der Nutztierhaltung.
- Schließlich brauchen wir eine langfristige Strategie, in deren Rahmen verschiedene Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden.

Der Sektor braucht verlässliche Signale von der Politik: Wenn in der intensiven Rinder-, Schweine und Geflügelmast mehr Bewegungsraum, mehr Beschäftigungsmaterialien, abwechslungsreichere Bodenbeläge und Außenklimazugang gewährt werden sollen, wie der WBA dies empfiehlt, dann müssen heute die richtigen Investitionsentscheidungen für Gebäude und Stalleinrichtungen getroffen werden, die eine Lebensdauer von 10-30 Jahren haben.

- Dies kann nur erwartet werden, wenn entsprechend verlässliche Signale aus Politik und Gesellschaft kommen, deren Halbwertzeit länger als eine Legislaturperiode ist.

Der WBA gibt in seinem Gutachten sehr konkrete Empfehlungen zur Verbesserung des Tierwohls. Lassen Sie mich einige herausgreifen:

- Wir empfehlen den Aufbau eines nationalen Tierwohl-Monitoring-Systems, denn wir wissen nicht genug über den Stand des Tierwohls in der Nutztierhaltung. Das macht es schwer, Diskussionen auf Fakten zu basieren und Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit sowie ganz generell, Fortschritte zu überprüfen.
- Wir brauchen eine entschiedenere Umsetzung bestehender Rechtssetzung: Insbesondere ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Kontrollen und einer Ahndung

von Verstößen – die gegenwärtigen Obergrenzen für Bußgelder bei Verstößen gegen das Tierschutzrecht sollten heraufgesetzt werden.

    - Und Ausnahmen sollten wieder zu Ausnahmen werden; so beim Amputationsverbot.

- Mehr staatliches Geld für den Tierschutz: Es könnten schon jetzt 15 statt 4.5% der Direktzahlungen in die 2. Säule umgewidmet werden, um dort z.B. für Tierschutzprämien zur Verfügung zu stehen – warum hat Deutschland das nicht getan? Es sollte ab 2018 passieren!
- Außerdem wünscht sich der WBA mehr politischen Rückenwind für die Erschließung von Zahlungsbereitschaft: Der WBA empfiehlt ein staatliches und stark zu bewerbendes Tierschutzlabel nach dem Vorbild des Biosiegels.
- Der WBA empfiehlt der Privatwirtschaft:
    - Die Brancheninitiative Tierwohl finanziell besser auszustatten. Die Brancheninitiative ist eine große Chance; aber 60 Millionen € für 60 Millionen geschlachtete Schweine, also 1 Euro pro Schwein, sind zu wenig.
    - Der WBA empfiehlt außerdem, das Instrument der Auslistung von aus Sicht des Tierschutzes nicht akzeptabler Ware stärker einzusetzen.
        - Dies würde das Problem des Wettbewerbs mit nicht-konformer Ware, gerade auch aus dem Ausland, sehr verringern!

Herr Staatssekretär, ich überreiche Ihnen dieses GA im Namen des WBA in der Überzeugung, dass es ein solider Leitfaden für Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung ist.

Wir freuen uns auf die Diskussion um unsere Empfehlungen mit Ihnen und ihrem Haus sowie mit den verschiedenen Interessengruppen.